

## Bernd Riexinger in Rostock

Zu Beginn der zweiten Woche seiner Sommertour machte Bernd Riexinger Station in Rostock. Bei strahlendem Sonnenschein stand zu Beginn eine Hafentrundfahrt auf dem Hafenkontrollboot „Wittow“ auf dem Programm. Begleitet wurde Bernd Riexinger von Wolfgang Methling (Kreisvorsitzender DIE LINKE. Rostock) und Steffen Bockhahn (Landesvorsitzender DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern). Zahlreiche Journalistinnen und Journalisten begleiteten die Fahrt vom Rostocker Stadthafen in den Überseehafen und nutzten die sich bietende Gelegenheit, um mit Bernd Riexinger, Wolfgang Methling und Steffen Bockhahn ins Gespräch zu kommen.



Einen Tourschwerpunkt bildete das Öffentliche Eigentum. Folgerichtig ging es zum Gespräch mit der Geschäftsführung der Hafen-Entwicklungsgesellschaft Rostock, denn Deutschlands größter Ostseehafen befindet sich im Besitz der Stadt Rostock und Mecklenburg-Vorpommerns. Der Besitz dieser Infrastruktur zahlt sich auch wirtschaftlich aus. Der Rostocker Hafen ist profitabel, schreibt schwarze Zahlen und beweist damit, öffentliches Eigentum und wirtschaftliche Rentabilität bilden keine Gegensätze. Rostocks Hafen ist erfolgreich.

*Fortsetzung Seite 3*

## In dieser Ausgabe

- |         |                       |             |                    |
|---------|-----------------------|-------------|--------------------|
| Seite 2 | : Editorial           | Seite 9     | : Friedensfest     |
| Seite 3 | : Aufruf              | Seite 10    | : CSD und Aktionen |
| Seite 4 | : Sonnenblumenhaus    | Seite 11    | : Sozialismus      |
| Seite 5 | : 20-Jahre L`hagen    | Seite 12/13 | : Interview        |
| Seite 6 | : Vietnam             | Seite 14    | : Unter der Lupe   |
| Seite 7 | : Groß Klein          | Seite 15    | : Termine          |
| Seite 8 | : Altener Blutsonntag | Seite 16    | : Brief an Gauck   |

# Editorial

Die Sommerpause der LINKEN fiel in diesem Jahr aus (der Sommer ja eigentlich auch). In der aktuellen Ausgabe des KLARTEXT findet Ihr wie immer ein paar Eindrücke von den zahlreichen Aktionen unserer Partei. Ein Höhepunkt fraglos der Besuch unseres neuen Parteivorsitzenden Bernd Riexinger in Rostock. Die zahlreichen positiven Reaktionen auf seinen Auftritt in der Stadthalle passen gut ins Bild: Die neue Führung der LINKEN zieht Sympathien auf sich und bringt die Partei in ein ruhigeres Fahrwasser. Aber bitte nicht zu ruhig! Wenn Ihr Mitglied der LINKEN seid, hattet Ihr vor kurzem das neue bundesweite Mitgliedermagazin der Partei im Briefkasten. Ich war von Inhalt und Optik sehr angetan, bin jedoch trotzdem der Überzeugung, dass der KLARTEXT nicht überflüssig wird. Unser Schwerpunkt liegt auf dem Parteileben in Stadt und Landkreis Rostock. So berichten wir diesmal u.a. über die anstehenden Veranstaltungen in Rostock-Lichtenhagen, über das gelungene Friedensfest in Graal-Müritz,

Steffen Bockhahn erzählt von seiner Vietnamreise, Jürgen Weise von der VVN-Reise nach Hamburg-Altona. Ralf Malachowski macht sich Gedanken zum demokratischen Sozialismus, Günter Althaus schreibt dem Bundespräsidenten, und ich stelle ein aktuelles Buch über die WASG vor. Zur Lektüre empfohlen sei auch Kurt Kaisers Buch „Zehn Rostocker Ströper – Jahrgang 1926“, dazu ein Interview mit dem Autor. DIE LINKE wird in diesem Jahr fünf Jahre alt. Ich hatte Euch um Gedanken zu diesem Jubiläum gebeten. Es kam leider nichts, sodass ich jetzt unseren Funktionären Stellungnahmen abpressen muss. Beschwerd Euch nicht! Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünscht Euch Carsten Penzlin



## KLARTEXT online

Was verbirgt sich hinter dem Fiskalpakt und dem zweiten Euro-Rettungsschirm (ESM)? Warum klagt DIE LINKE?

Am 29. Juni 2012 hat der Bundestag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit aus CDU, FDP, SPD und Grünen dem ESM-Vertrag und Fiskalpakt zugestimmt. Mit dem ESM wird sichergestellt, dass weitere Milliarden an Steuergeldern für die Rettung von Banken zur Verfügung stehen. Während die Bundesregierung die Summe, mit der die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für den ESM haften, bisher auf 210 Milliarden Euro begrenzt hatte, geht Schäuble mittlerweile von mehr als 310 Milliarden Euro Haftungssumme aus. Zur Finanzierung dieser Mittel werden die Staaten Europas mittels Fiskalpakt dazu gezwungen, eine massive Kürzungspolitik durchzusetzen: 1,5 Billionen Euro müssen demnach in fünf Jahren in den europäischen Haushalten eingespart werden. Nur DIE LINKE hat im Bundestag geschlossen gegen den Vertrag gestimmt und per Eilantrag eine Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, um die Ratifizierung des Vertrages zu verhindern. Aus gutem Grund, denn der nun anstehende

Fiskalvertrag führt zu massiven sozialen Einschnitten und damit geradewegs in die Massenarmut. Da Investitionen durch Neuverschuldungen dann nicht mehr möglich sind, muss entweder die öffentliche Daseinsversorgung (Bildung, Infrastruktur, soziale Rechte) gekürzt oder das Tafelsilber verscherbelt werden. Somit müssen sich die europäischen Regierungen einem Jahrzehntelangen Spardiktat unterwerfen ohne die Chance, die Wirtschaft anzukurbeln. Hinzu kommt, dass der Fiskalpakt eine sogenannte Ewigkeitsgarantie hat und demnach von einzelnen Ländern - und damit auch von Deutschland - nicht gekündigt werden kann. Diese Ewigkeitsklausel ist aus Sicht der LINKEN nicht nur ein klarer Bruch unserer Verfassung, sondern ein Angriff auf die Demokratie, weil damit das Haushaltsrecht der nationalen Parlamente zu einem erheblichen Teil ausgehebelt wird.

# Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE.Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Stephanstraße 17  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: [info@dielinke-rostock.de](mailto:info@dielinke-rostock.de)  
Internet: [www.dielinke-rostock.de](http://www.dielinke-rostock.de)

Kreisvorstand DIE LINKE.Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan  
Marktstraße 1  
18209 Bad Doberan  
Telefon: 038203-62391  
Telefax: 038203-62180  
E-Mail: [dbr@die-linke-mv.de](mailto:dbr@die-linke-mv.de)  
Internet:  
[www.die-linke-rostock-landkreis.de](http://www.die-linke-rostock-landkreis.de)

Geschäftsstelle Güstrow  
Markt 34  
18263 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: [gustrow@die-linke-mv.de](mailto:gustrow@die-linke-mv.de)

Redaktion:  
Edeltraud Crepon,  
Peter Möller, Peter Hörnig,  
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,  
Katharina Schlaack

Internet: [www.dielinke-rostock.de](http://www.dielinke-rostock.de)

E-Mail: [redaktionklartext@yahoo.de](mailto:redaktionklartext@yahoo.de)

Layout:  
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner  
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:  
2,00 € pro Monat  
(Spende + Versandkosten)

# Aus der Vergangenheit lernen! Für eine lebendige Demokratie, gegen Neofaschismus und Rassismus!

Das Sonnenblumenhaus in Lichtenhagen ist nicht nur Rostockern, sondern fast weltweit ein Begriff, nachdem im August 1992 die Bilder von Feuer und Panik um die Welt gingen.

1992 - Da brannten ganze Hausaufgänge und Menschen mussten um ihr Leben bangen. Der Unmut über unhaltbare Zustände im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylsuchenden machte sich Luft. Zu lange wurden die Mißstände ignoriert und die Verantwortung zwischen der Stadt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern hin und her geschoben.

Später eskalierte die Situation und es kam zu den menschenfeindlichen Übergriffen eines gewaltbereiten Mobs auf die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende (ZAST), das angrenzende Wohnheim vietnamesischstämmiger ehemaliger DDR-Vertragsarbeiter und die Polizei. Unten auf der Straße standen gaffende Zuschauer und klatschten Beifall.

Es waren unsere Nachbarn, die aus den Flammen flüchten mussten. Sie waren nach Rostock gekommen, weil wir sie in der DDR als "Vertragsarbeiter" brauchten. Andere waren vor den politischen Zuständen in Jugoslawien geflohen. Sie alle lebten unter uns. Und das unter unhaltbaren Zuständen. In den Häusern gab es Platz für 300 Menschen, zeitweilig lebten dort bis zu 650, einige von ihnen völlig unverorgt, quasi auf der Straße. Das alles in einer Situation, in der alles im Umbruch war und Zukunftsängste wuchsen. Die vermeintlich „Fremden“ wurden zu Sündenböcken für vieles, was schief lief. Und

kurz nach den menschenfeindlichen Übergriffen wurde die Asylgesetzgebung der Bundesrepublik verschärft.

An diesem Tag im Sommer eskalierte die Gewalt und entlud sich an Unschuldigen. Was dann folgte, muss bleibende, mahnende Erinnerung sein: sensations-süchtige Medien, die die Stimmung noch anheizten, völlig überforderte Verantwortliche aus Politik und Verwaltung, Beifall klatschende Menschen auf der Straße, die den rechten Mob noch unterstützten. Die Rostocker Bevölkerung verfolgte geschockt und überwiegend passiv die bürgerkriegsähnlichen Vorgänge aus sicherer Distanz. Nur wenige zeigten damals Mut und stellten sich schützend zu den Bedrohten.

So etwas darf sich nicht wiederholen! Deshalb gehen wir auf die Straße! Rassismus ist ein Alltagsphänomen und es ist allerhöchste Zeit, sich mit den Strukturen auseinanderzusetzen, die diesen ermöglichen, und Aufklärungsarbeit zu gewährleisten.

Wir gehen auf die Straße, um an den August 1992 zu erinnern, und zu mahnen. Rechten Parolen und Gewalttaten, wie sie immer noch geschehen, setzen wir unsere zivilgesellschaftliche Courage und unser demokratisches Miteinander entgegen. Wir sagen NEIN zu Rassismus und Gewalt! Schluss mit Extremismusklauseln in der Aufklärungsarbeit. Schluss damit, dass restriktive Massnahmen gegen vermeintlichen linken Terror ergriffen werden, Menschen aber weiterhin aus rassistischen

Gründen verfolgt und ermordet werden.

NEIN zu RASSISMUS statt dessen: SOLIDARITÄT mit den Opfern!

Wir fordern:

- Konsequente Ahndung rassistischer Äußerungen und Handlungen!
- Unverzögliche und lückenlose Aufklärung der rassistischen NSU-Morde!
- Kritische Auseinandersetzung mit Rassismus in allen Facetten!
- Auflösen aller Nazistrukturen, NPD- und Kameradschaftsverbot!
- Schluss mit Abschiebungen, Residenzpflicht und Arbeitsverbot!
- Menschenwürdige Unterbringung und Versorgung Asylsuchender!
- Schluss mit der diffamierenden und ausgrenzenden „Integrationsdebatte“!
- Stärkung und Entkriminalisierung antirassistischer und antifaschistischer Arbeit!

Für ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes und solidarisches Zusammenleben!

BETEILIGT EUCH AN DER DEMO AM 25. AUGUST 2012, 14.00 UHR IN ROSTOCK, LÜTTEN KLEIN, WARNOWALLEE.

WIR SIND VIELE!

*Fortsetzung von Seite 1:*

Dabei darf die Frage der Wirtschaftlichkeit nie überhöht werden, das wurde spätestens beim Besuch eines Pflegeheims der Volkssolidarität in Warnemünde deutlich. Hier steht Menschlichkeit im Vordergrund. Bernd Riexinger betonte im Gespräch mit Heim- und Pflegeleitung, dass es skandalös ist, wie gering der Stellenwert von sozialen Berufen in unserem Land ist. Es kann und darf nicht sein, dass in einem der reichsten Länder

der Erde Berufe wie Pflege und Kinderbetreuung am unteren Ende der gesellschaftlichen Anerkennung stehen und verbreitet miserable Gehälter gezahlt werden. Diese und viele weitere Fragen wurden dann auch am Abend aufgegriffen. Mehr als 170 interessierte Rostockerinnen und Rostocker folgten der Einladung in die Stadthalle, um Bernd Riexinger live zu erleben. Nach seinem Statement hatten die Bürgerinnen und Bürger ausgiebig Gelegenheit, um mit Bernd ins Gespräch zu kommen.

## Sprechstunde mit Wolfgang Methling

Der Kreisvorsitzende Wolfgang Methling bietet jeden Dienstag eine Sprechstunde in der Zeit von 10 bis 14 Uhr in der Stephanstraße 17 18055 Rostock durch. Jede und jeder Interessierte ist herzlich willkommen!

# Dat Sönnenblauenhuis von Lichtenhagen

## Kurt Kaiser erinnert an ein Pogrom von 1992

De Stadtdeel Lichtenhagen von Rostock hett so bi Dörteihn- bit Twintigduusend Inwanner. Nich wiet af von de Warnmüner Stadtautobahn steiht ein Hochhus, dat wägen ehr schönet Klinkermosaik an ´n Giebel, denn Namen „Sonnenblumenhaus“ krägen hett. Man kann sik bien Vörbifohrn oewer disse schöne architektonische bu-künstlerische Leistung von de Rostocker Hüserbuger freun.

Kuhm einer ahnte 1992, vör de letzt Augustwoch, wat sik dor för ein Drama an-

gahn! Arger un Probleme wiern dormit vörprogrammiert.

As sik nu frömde Minschenmassen mit ´n anner Benähmen as de Einheimischen in de Lichtenhäger Koophallen drängelten un mank de Woren wäulden, denn Rasen mang de Blauenenrabatten belagerten un oft ok de Anlagen verunreinigten, wiel tau wenig öffentliche Toiletten geef, tickte de Uhr von ´n „Bomb“, de nu blos noch up ehre Anzündler luerte. Dor spurte dat Netzwerk von ein düütschlandwiete werer orer noch lebendige Nazikameradschaft. Se keemen ut Hamburg un annerswo, um ehre Rostocker Rassistenkumpane „Erfahrungen“ tau vermitteln und „Hülpe“

har keen Tied, „...musste erst mein Hemd wechseln!“ antwurd hei denn TV-Reporter, un jeder de dat hürte wüsst nu: de hett nich blos ´n sweitig Hemd, sonnern ok noch de Büxen vull.

Disse Erinnerungen laten fragen, wi deip hüt noch rechtsextremistisch Gedankengaut, etwa as Nationalismus un Rassismus, in uns Gesellschaft steckt. Dat gifft naug aktuelle Bewiese dorför, dat dit ok noch 20 Jahr nah Lichtenhagen de Fall is. Neonazis un Rassisten sünd in Landtag un Kommunen von MV wählt worn, wat woll dat ümmer noch Vörhandensien von gesellschaftlichen Rassismus un Nationalismus bestätigt.



bahnte. Väle Flüchtlinge ut Afrika un Asien würn tau disse Tied nah Mecklenburg bröcht, um dor dat ümständliche Asylbewerberverfahren dörchtaumaken. De dorför taustännige Zentrale-Üpnahmestell för Asylbewerber (ZAST) har sik dat nu in dat gerühmige Sünneblauenhuis bequem makt, un naug Quartier för ´n Twischenupentholt von de Asylbewerber wier ok noch dor. Wat de Beamten nu nich bedacht hemm, oeber weiten müssten: dat de Flüchtlinge ut einen annern Kulturkreis keemen un nu mitten mang de einheimische Bevölkerung läben un sik ok allein versorgen müssten. Dat künn so, wi sik dat de „Bürokraten“ dacht harn, nich gaut

tau leisten.

Drei Daach lang belagerten hunnerte Pogromhetzer de ZAST un putschten bit tau Dreidusend Mitlöper un Taukieker up. As denn de iersten Molotowcocktails flögen un dat Sünneblauenhuis in Brand steckt wier, dat Wahnheim von de vietnamesischen Verdragsarbeiter gliiek mit, keem ut de Taukiekermeute sogor noch Biefall. Dat Fernseihn wier ok vör Urt, sall sogor sik noch Komparsen söcht hemm, de noch mal denn Nazigrüß nahmakten, um düttlich tau maken, wer hier dat seggen har.

Un de Polizei, wat makte de? Keek ok tau un luurte up einen Befähl von „Chef“. Kor-des, orer so ähnlich hett he woll heiten,

Wat passierte is ´n Warnung. Se tau vergäten, makt schuldig. Man möt ümmer doran erinnern! Dat wier moeglich, dat sowat passierte, un blifft jedertied moeglich. Nur wenn man dat weit un sik dessen bewusst is, kann ein Wedderkiehr verhinnert werden. Dorüm geht an jeden Börger hüt de Appell:

Dau wat! Verteidig´ uns Frieheit gegen alle Angriffe, wies tröch Nationalismus un rassistische Intoleranz, eh et tau lat is

## „Es geht um die Opfer, nicht um die Anwohner\_innen!“

**Ein Kommentar zur Debatte 20 Jahre nach den Pogromen in Rostock/Lichtenhagen**  
Von Nico Burmeister

Vor 20 Jahren loderten Flammen aus dem Sonnenblumenhaus in der Mecklenburger Allee. Ein rassistischer Mob versuchte in das Haus einzudringen, während über 100 Vietnames\_Innen im obersten Stockwerk zusammen mit einigen Reportern um ihr

Leben fürchten mussten. Die zuständigen Polizeidienststellen und die hiesige Politik wollten oder konnten sich den Pogromen nicht wirkungsvoll entgegenstellen. Nur wenige Monate nach der vermeintlichen Wiedervereinigung beider deutschen Teilstaaten wurde das brennende Hochhaus zu einem weltweit bekannten Symbol für das neue Gesamtdeutschland. Der Begriff „Lichtenhagen“ war auf Jahre hinaus mit Rassismus und Gewalt verbunden.

## Scheidebatten, Eitelkeiten und das Verdrängen der Verantwortung

Seit Monaten laufen die Vorbereitungen zum Gedenken und zur Mahnung an die Pogrome, darunter eine bundesweit beworbene Demonstration durch den Nordwesten Rostocks. Einige Politiker\_Innen sträuben sich gegen die offensive Erinnerung an die Angriffe. Doch warum eigentlich? Wenn mensch nach den Gründen für die Ablehnung fragt, kommen die gleichen „Bedenken“, wie schon vor 20 Jahren, als nur wenige Tage nach den Pogromen am Sonnenblumenhaus etwa 10.000 Menschen gegen Ausländerfeindlichkeit auf die Straße traten.

Zunächst wird das Bild des vermeintlich gewaltbereiten Linksextremisten gemalt. Vernebelt von der Springerpresse, die Artikeln wie „BILD erklärt den Schwarzen Block“ zum G8 Gipfel 2007 in Rostock Heiligendamm verbreitet, glauben viele Menschen dem Schreckgespenst. Auch Politiker demokratischer Parteien, angefangen von CDU und FDP, über SPD und Grünen, bis hin zu vereinzelt Vertretern der Linken, üben sich im einhelligen Gekreische „bloß nichts Großes“. Kleinere Kultureinlagen, wie ein singender Gerhard Schöne mit etwa 300 Kindern sind dagegen gern gesehen. Die gleichen Parlamentarier

haben dennoch kein Problem, dem lokalen Fußballclub F.C. Hansa Rostock, bei dessen Spielen es regelmäßig zu Gewaltexzessen kommt, eine städtische Finanzspritze über Millionen Euros zu gewähren. Die Diskussion um mögliche Gewalt am Rande eines antirassistischen Aufzuges scheint vor diesem Hintergrund geradezu scheinheilig.

Als nächste Begründung, weshalb eine Demonstration „unpassend“ sei, sind angeblich die Lichtenhäger selbst. Diese wollen nichts mehr von den Pogromen hören und überhaupt lebt heute dort doch eine ganz andere Generation. Beides ist sicher richtig, aber genau deshalb ist das Aufmerksam machen auf die rassistischen Ausschreitungen doch eigentlich nötiger als früher. Auch hier wird – wie schon vor 20 Jahren – die Politik ihrer Verantwortung nicht gerecht. Rassistischen und neofaschistischen Tendenzen gilt es ständig entgegenzuwirken, es ist die Auflage eines selbst erklärten demokratischen Staates. Leider sehen viele Politiker\_Innen aktuell lediglich die Bundestagswahlen, die Ende 2013 anstehen und fürchten um die Wähler\_Innenstimmen aus der Stadt.

## „No-go-Area L‘hagen“ und andere Mythen

Richtig ist, dass bundes- wenn nicht sogar weltweit der Eindruck besteht, Lichtenhagen sei eine Nazi-Hochburg, ähnlich wie das Dorf Jamel in Mecklenburg-Vorpommern, das mit zwei Ausnahmen ausschließlich von Rechten bewohnt wird. Fakt ist, der NPD-Wähler\_Innenanteil ist in Lichtenhagen nicht höher als im städtischen Durchschnitt. In Stadtteilen wie Evershagen oder Toitenwinkel hat die NPD sogar noch größeren Zulauf. Dennoch gibt es in Lichtenhagen eine aktive Nazi-Szene, entsprechende Graffitis und Aufkleber finden sich in fast jeder Straße. Zur Bekämpfung eines schlechten Ansehens reicht eine bloße Image Kampagne, wie sie das bürgerliche Bündnis „Lichtenhagen bewegt sich“ aktuell veranstalten will, nicht aus. Ein konsequentes Vorgehen gegen neonazistische Umtriebe dürfte erfolgreicher sein als dumpfer Selbstbetrug. Selbst der Ortsbeirat ist gegen eine Demonstration, beklagt aber ebenfalls das schlechte Image des Stadtteils in der Öffentlichkeit. Anstatt Probleme totzuschweigen, sollte der Ortsbeirat seiner Verantwortung bewusst werden und sich ehrlich in die Vorbereitungen zu einer Demonstration einbringen. Das wäre ein echtes Zeichen gegen Rassismus. Die Ablehnung von antirassistischen Initiativen führt nur zu weiterer Stigmatisierung des Stadtteils.

## Die Opfer nicht aus den Augen verlieren

Viel wird über die Anwohner\_Innen von Lichtenhagen gesprochen. Oft werden ihre Sorgen über die Außendarstellung ihres Stadtteils vorgebracht und damit versucht, antirassistische Öffentlichkeitsarbeit zu sabotieren oder gänzlich zu verhindern. „Dann glauben wieder alle, wir sind Nazis“, heißt es oft, wenn mensch mit Lichtenhäger über das Gedenken an die Pogrome spricht. Dabei vergessen Politik und Anwohner\_Innen eines: niemand, der

sich ernsthaft mit den Pogromen beschäftigt, beschuldigt alle Lichtenhäger und schon gar nicht sie allein. Von den etwa 370 Festnahmen an dem Wochenende im August 1992, kamen 110 aus den westlichen Bundesländern, 37 aus anderen ostdeutschen Ländern und die restlichen 217 aus verschiedenen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns. Manchmal bekommt mensch das Gefühl, die eigentlichen Opfer der Pogrome waren die Anwohner\_Innen.

Doch tatsächlich geht es bei dem Gedenken gar nicht um die Lichtenhäger. Rassistische Pogrome fanden überall in der Bundesrepublik statt, Rassismus ist also ein gesamtdeutsches Problem. Doch bei aller Täter\_Innensuche wird oft eins vergessen: die eigentlichen Opfer. Die Vertragsarbeiter\_Innen, die in der ehemaligen DDR gearbeitet haben und die Menschen, die aus ihren Ländern vor Krieg und/oder Hunger fliehen mussten. *Fortsetzung Seite 6*



## Scheindebatten, Eitelkeiten und das Verdrängen der Verantwortung

Angst und damit verbundener Hass gegenüber vermeintlich Fremdem ist eine menschliche Eigenschaft, die nicht spezifisch deutsch und schon gar nicht spezifisch lichtenhäger ist. Wir begreifen uns und unsere Gesellschaft als aufgeklärt, dennoch leben wir nach wie vor mit unseren tief verwurzelten Urinstinkten. Das soll und kann Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht entschuldigen. Aber die Menschen, die sich zu Unrecht stigmatisiert fühlen, nur weil sie in einem bestimmten Stadtteil wohnen, haben die letzten Jahre vielleicht einen kleinen Einblick in Verzweigung der Menschen bekommen, die aus ihren Ländern hier

her kamen und dann wieder um ihr Leben fürchten mussten. Natürlich sind die Relationen völlig andere und instinktiv versucht mensch sich dagegen zu verwehren, beides zu vergleichen. Dennoch fühlt jeder Mensch Angst und die Erfahrung kann zumindest den Lichtenhägern helfen zu begreifen, dass es gar nicht um sie geht und dass sie eben nicht das Zentrum in dieser Auseinandersetzung darstellen. Ihre Sorgen sind nur ein Bruchteil von dem, was die Flüchtlinge teilweise seit Jahrzehnten durchmachen müssen.

Am 25. August 2012 findet in Rostock eine Demonstration unter dem Motto „Grenzenlose Solidarität“ statt. Los geht es um

Fortsetzung von Seite 6:

Und so geht es bei dem Gedenken 2012 – so wie die Jahre davor auch – nicht hauptsächlich um die Täter. Es geht um die Menschen, die in der Hoffnung auf Frieden quer durch die Welt gereist sind und in Deutschland wieder um ihr Leben fürchten mussten.

14Uhr am Bahnhof in Rostock/Lütten Klein. Viele Organisationen und Einzelpersonen bringen sich bereits in die Vorbereitungen mit ein und bereichern den antirasistischen Konsens.

## Reisebericht aus Vietnam

von Steffen Bockhahn

Man mag den Parlamentarismus in Deutschland mögen oder nicht für vollkommen halten. Zustimmung dürfte aber bei fast allen die Aussage finden, dass Parlament, Regierung und Gerichte drei voneinander (wenigstens im Wesentlichen) getrennte Gewalten sein sollten. Das bedeutet also auch, dass das Parlament eigenständig und nicht als Abnickorgan der Regierung handelt. (Später mehr dazu.) Doch das ist leider längst nicht überall so. In den drei Ländern Vietnam, Kambodscha und Laos zum Beispiel herrschen vollständig andere Verhältnisse. Um über die Idee des eigenständigen und Unabhängigen

Parlamentariers zu sprechen, gab es eine Konferenz von Abgeordneten und WissenschaftlerInnen im vietnamesischen Hue, an der ich teilgenommen habe.

In den drei Ländern gibt es dann auch noch einmal große Unterschiede. Das hat mit den politischen Systemen und auch mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu tun. So gibt es in Vietnam ein ganz strenges Ein-Partei-System, während in Kambodscha zumindest mehrere Parteien, allerdings ist das Land eine parlamentarische Monarchie. Die Nationalversammlung in Laos, das ebenfalls ein Ein-Partei-System hat, gibt es erst seit 1991. Dieses Parlament tagt lediglich zwei Mal im Jahr.

Im Vergleich dazu: Der Bundestag hat etwa 22 Sitzungswochen im Jahr.

In Deutschland ist neben der Gesetzgebung eine der wichtigsten Aufgaben der Abgeordneten, die Regierung zu kontrollieren. In anderen Ländern sehen sich die ParlamentarierInnen eher als UnterstützerInnen der Regierungen und kämen auch nicht auf die Idee, dass sie selbst die Tagesordnung ihrer Sitzungen bestimmen, selbst Gesetzentwürfe schreiben, etc.

Damit die Abgeordneten des Deutschen Bundestages ihre Aufgaben erfüllen können, haben sie gesetzlich festgeschriebene Ansprüche. Dazu gehören das Büro in Berlin, die Pauschalen für MitarbeiterInnen und die sonstige Arbeit, zum Beispiel das Wahlkreisbüro. In Vietnam hingegen haben die Abgeordneten einer Provinz zusammen ein Büro in ihrer Region. Eigene MitarbeiterInnen haben sie nicht, nur die wenigsten sind hauptamtliche Abgeordnete und eine von der Regierung unabhängige wissenschaftliche Unterstützung des Parlamentes in Fachfragen ist ebenfalls nicht vorgesehen.

In Laos, das tatsächlich eines der ärmsten Länder der Welt ist, debattiert man derzeit, welche Möglichkeiten es geben könnte, damit wenigstens eine online-Datenbank über die gefassten Beschlüsse des laotischen Parlamentes angelegt werden könnte. Man nutzt in wesentlichen Teilen die Infrastruktur des Nachbarn Vietnam. Die Vorstellung, das ein Parlament einen eigenen wissenschaftlichen Dienst unterhält, jeder Ausschuss ein eigenes Sekretariat hat oder man eine Vorlage der Regierung nicht behandelt, weil sie erst



einen Tag vor der Sitzung übergeben wurde, scheinen wie aus einer anderen Welt zu sein.

Bei der Konferenz in Hue, einer wunderschönen Stadt im Herzen Vietnams, ging es um genau diese Frage. Wie können die Voraussetzungen geschaffen werden, damit Parlamente unabhängig von den Regierungen arbeiten und das wichtigste dafür scheint der Erfahrungsaustausch zu sein. So erfuhren wir, dass es in Vietnam seit einigen Jahren das „Institute for Legislative Studies“ (ILS) gibt. Es ist beim Ständigen Ausschuss des Parlaments angesiedelt und hat derzeit 55 MitarbeiterInnen. Der Wunsch von vietnamesischen Abgeordneten, dieses Institut auszubauen und direkt dem Parlament zu unterstellen, kann als mutiger Schritt in die richtige Richtung betrachtet werden. Überhaupt ist es schon ein kleines Wunder, dass eine solche Konferenz in Vietnam stattfinden kann. Denn was steht denn am Ende solcher Überlegungen? Eine Emanzipation des Parlamentes und damit mehr Demokratie, weil die Regierung sich um Zustimmung bemühen muss und nicht einfach verordnen kann. Natürlich ist das alles noch etwas verkürzt. Hier gehört genau genommen noch eine Analyse der gelebten gesellschaftlichen Strukturen her. Denn natürlich ist

der Kollektivgedanke in Indochina deutlich stärker als in unserer individualistischen Gesellschaft. Das führt auch zu anderen Idealen der Staatsform. Ob wir das aus westeuropäischer Sicht immer nachvollziehen können, ist eine andere Frage. Selbstverständlich kann man hier auch noch darüber debattieren, ob die Realität auch in Deutschland nicht längst eine andere, als die idealtypische ist. Nicht selten ist gerade in den Monaten und Jahren der Finanzkrise der Eindruck gewachsen, dass die Parlamente (in Mehrheit) nur noch abnicken, was die Regierungen ihnen vorlegen, die es wiederum scheinbar direkt aus dem Zentralen von Konzernen und großen Bankhäusern bekommen haben. Doch das ist eine Debatte, die an einem anderen Punkt ansetzt, weil sie sich mit der Pervertierung eines aus meiner Sicht sehr guten Systems befasst.

Meine Aufgabe war es, über die Möglichkeiten zu sprechen, die ein Abgeordneter in Deutschland hat und wozu er sie nutzt. Das stieß natürlich auf großes Interesse, da es eben ein komplett anderes Arbeiten auf der Grundlage eines ganz anderen Selbstverständnisses als Abgeordneter ist. Neben mir war auch Katja Rom als meine Mitarbeiterin dabei. Sie hat aus ihrer Sicht berichtet, warum es richtig ist,

das Abgeordnete über eigenes Personal verfügen können und ihre anschaulichen Darstellungen haben ebenso überzeugt, wie die Berichte des Leiters des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages Dr. Guido Heinen. Er hat die von ihm geleitete Institution vorgestellt und so ebenfalls Anregungen für die Entwicklung der parlamentarischen Arbeit gegeben.

Die Bundesrepublik Deutschland und Vietnam haben einen offiziell vereinbarten Rechtsstaatsdialog. Der wird in der Verantwortung des Justizministeriums geführt. Ich finde, dass solche Konferenzen eine gute Gelegenheit sind, um solche offiziellen Vereinbarungen mit Leben zu erfüllen. Denn auch das ist mir wieder klar geworden: Es ist wichtig, dass die Idee was man verändern kann zu denen kommt, die für Veränderungen sorgen müssen. Allein mit Dialogen auf Regierungsebene wird so etwas nichts.

Ich möchte mich noch bei denen bedanken, die diese Konferenz möglich gemacht haben, die uns eingeladen und ganz hervorragend betreut haben. So war es uns möglich trotz eines straffen Programms auch noch ein wenig von Hue zu sehen und einen kurzen Abstecher nach Hanoi zu machen, statt stundenlang auf dem Flughafen zu sitzen. Danke!

## Zuckerwatte für Groß Klein

Zum Stadtteilstfest Groß Klein lud das Begegnungszentrum Börgerhus und hunderte Rostockerinnen und Rostocker kamen, um ein buntes Programm zu erleben. Neben dem tollen Bühnenprogramm, den Modellautos, dem Flohmarkt und Bastelangeboten hatte auch ich einen Stand vor Ort. Ich schrieb die Namen der Besucherinnen und Besucher in Arabisch und fertigte daraus bunte Buttons, die sich Groß und Klein anheften konnten und mein Mitarbeiter verschenkte Zuckerwatte in rauen Mengen. Mehr als 350 Zuckerwatten wurden verspeist und ein kleiner Hinweis am Rande: Jede dieser Leckereien besteht aus nur 8g Zucker.

Hikmat Al-Sabty



# 80 Jahre „Altonaer Blutsonntag“ 80 Jahre antifaschistischer Widerstand

Unter dieser Losung erinnerte der Landesverband Hamburg der VVN – BdA am 17. Juli 2012 mit einem szenischen Stadtteilrundgang an die Ereignisse vor 80 Jahren, die unter dem Namen „Altonaer Blutsonntag“ in die Geschichte eingingen. Unmittelbar vor den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 organisierten die Nazis mit behördlicher Genehmigung eine großflächige Provokation im damals noch preußischen Altona. Über 7000 SA-Leute, denen die Polizei den Weg frei knüppelte, zogen durch die Straßen der Arbeiterviertel – die Schreckensbilanz: 18 Tote und über 80 Schwerverletzte und unter der nachfolgenden Naziherrschaft eine Serie von Prozessen vor Sondergerichten mit weiteren Opfern von Justizmorden. Die Reichsregierung instrumentalisierte das Geschehen zum „Preußenschlag“ und ließ am 20. Juli 1932 Preußens sozialdemokratische Landesregierung absetzen – ein erster großer Schritt für die Machtübergabe an die Nazis.

Die beeindruckende Gedenkveranstaltung in diesem Jahr dauerte mehrere Stunden und über 300 Menschen nahmen an ihr teil, darunter eine kleine Delegation der VVN – BdA Rostock und Freunden. Wir sind im Wesentlichen aus 3 Gründen nach Hamburg gefahren: Zum Ersten wollten wir der Opfer gedenken; sowohl derer, die unschuldig an diesem Tag vor 80 Jahren ums Leben kamen, als auch derer, die Opfer der nachfolgenden Mordprozesse wurden; zu ihnen gehörten August Lütgens, Walter Möller, Karl Wolff und der noch nicht

zwanzigjährige Bruno Tesch, die als erste offizielle Justiz-Opfer der Naziherrschaft am 1. August 1933 mit dem Handbeil im Hof des Altonaer Amtsgerichts enthauptet wurden.

Zum Zweiten wollten wir uns mit einbringen in die vielen Proteste gegen die zunehmenden Umtriebe, Provokationen, Gewalttaten und Verbrechen heutiger Nazis und ihrer Gesinnungsfreunde, gegen Neofaschismus, Rassismus, Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit – viele Ähnlichkeiten mit den damaligen Ereignissen sind doch alles andere als zufällig.

Zum Dritten aber wollten wir Solidarität üben mit den Hamburger Antifaschisten und ihrem jahrzehntelangen Kampf um die Rehabilitierung dieser Opfer des Faschismus – der bis heute noch nicht zu Ende ist. Es dauerte über 60 Jahre, bis 1992 die ersten Terrorurteile endlich aufgehoben und die Opfer rehabilitiert wurden – bis heute warten noch zu Unrecht verurteilte Antifaschisten auf Rehabilitation und Wiedergutmachung. Und warum ist das so? Dazu schrieb der kritische Verfassungsrichter Martin Hirsch 1987: „Mit unerschütterlichem gutem Gewissen schlüpfen die meisten Juristen von einem Tag auf den anderen aus den Nazihemden wie Fußballer beim Trikotwechsel in der Halbzeitpause ... Furchtbare Juristen sind das Ende der Rechts gewesen und haben auch den Beginn der Demokratie bestimmt.“ Dieselben Justizleute, die nach 1945 mit der Untersuchung und Aufklärung der Ereignisse um den 17. Juli 1932 beauftragt

wurden, waren die gleichen, die als Ankläger und Richter im Mai 1933 auftraten. Wir wissen heute einmal mehr, dass diese Verhältnisse nicht nur in der bundesdeutschen Justiz herrschten, sondern in fast allen Bereichen von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft der Alt-BRD. Es sei erlaubt, darauf hinzuweisen, dass gerade das mit einer der Hauptgründe für die Schaffung der DDR war und warum sich Millionen ihrer Bürger für diesen Staat aufopferungsvoll engagiert haben: Nie wieder sollten Faschisten und ihre Hintermänner Macht über unser Leben erhalten – nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus sollten je die Politik bestimmen.

In sechs Monaten wird des 80. Jahrestages gedacht, an dem die Nazi-Herrschaft über Deutschland begann, und in einem Jahr am 1. August ist der 80. Jahrestag der Ermordung der ersten vier Opfer des Altonaer Blutsonntags – wir dürfen angesichts dieser Tage und vieler Ereignisse der heutigen Zeit nicht vergessen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Bittere Ironie der Geschichte, die auch nicht vergessen werden sollte: Der damalige sozialdemokratische Polizeipräsident von Altona, Eggerstedt, der trotz vieler Warnungen den Nazi-Aufmarsch am 17. Juli 1932 ausdrücklich genehmigte und ermöglichte und den Altonaern empfahl, wie er an diesem Tag Urlaub zu machen und ins Grüne zu fahren, wurde nur wenig später von den Nazis ins KZ Esterwege gebracht und dort viehisch zu Tode gefoltert. Jürgen Weise, VVN – BdA Rostock

## NPD blockieren

DIE LINKE. Rostock war am 25. Juni den ganzen Tag unterwegs, um angekündigte Info-Stände der NPD zu blockieren. Gemeinsam mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern anderer demokratischer Initiativen und Organisationen waren wir vor Ort, um den Neo-Faschisten das Wasser abzugraben. Im wahrsten Sinne des Wortes! Trotz Regenwetter standen wir auf der Straße, wohingegen die NPD an keinem der angemeldeten Standorte auftauchte. Das mag auch daran gelegen haben, dass wir bereits am vorhergehenden Abend unsere Plakate dort gehängt haben wo die NPD sich aufstellen wollte. Das Wegbleiben der Neo-Faschisten ist somit

ein voller Erfolg.

Wir danken allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern sowie allen Genossinnen und Genossen für ihr Engagement! Bis zum nächsten Mal!





# Gelungenes Friedensfest in Graal-Müritz

Pünktlich um 10.00 Uhr begann am 04. August auf dem Seebrückenvorplatz in Graal-Müritz unter optimalen Bedingungen das Friedensfest unter dem Motto „Für Frieden und Toleranz-gemeinsam gegen Rechts“. Gleichzeitig mit der Eröffnung und dem Nennen der Teilnehmer begann im Hotel „Ostseewoge“ die traditionelle Gesprächsrunde mit Vertretern der Botschaften, Politikern der LINKEN und Honoratioren unseres Ortes. Schon beim Betreten des Seebrückenvorplatzes waren die Flaggen der teilnehmenden süd- und mittelamerikanischen Länder bzw. ihrer Musikgruppen nicht zu übersehen. Die Masten reichten auch in diesem Jahr nicht aus, um alle anwesenden Länder darzustellen.

Die musikalische und tänzerische Unterhaltung war wie in jedem Jahr eine bunte

Jugendschalmeyenorchester aus Teterow - ein Programm „rund um die Welt“. Leider konnten die Gruppe „Flashlight“ und die russische Tanz- und Gesangsgruppe „Lyra“ auf Grund des um 15.30 Uhr beginnenden Dauerregens nicht mehr auftreten. Auch die als Abschlussbild vorgesehenen ca. 100 Tauben, die mit dem Lied „Heal the world“ von Michael Jackson in die Luft steigen sollten, mussten in ihren Käfigen bleiben.

Noch vor dem Unwetter gab es kurzweilige Gesprächsrunden mit den Vertretern der anwesenden Botschaften aus Süd- und Mittelamerika, dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Deutschen Bundestag Dr. Gregor Gysi, dem Landesvorsitzenden Steffen Bockhahn und Gesine Löttsch. Auch alle anderen anwesenden Politiker waren immer zu Gesprächen bereit.

unserer Feuerwehr war bis zum untersten Rand gelehrt. Den Kindern des Schalmeyenorchesters wurde natürlich der lecker schmeckende Gulasch kostenlos gereicht. Die verschiedensten Stände von Parteien, Jugendorganisationen, Vereinen, Verbänden, Organisationen, Verlagen, Zeitungen, Selbstständigen und Privatpersonen aus Graal-Müritz, Dummerstorf, Kückenshagen, Tessin, Kavelstorf, Zarnewan, Rostock, Ribnitz-Damgarten, Gelbensande, Berlin und Graal-Müritz luden zum Verweilen ein und waren gut besucht. Allen Mitgliedern unserer Basisorganisation, SympathisantInnen und den Jugendlichen, die an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt waren, recht herzlichen Dank. Danke für die zeitaufwändige und langfristige Organisation und Koordination.



Übrigens: Alle Einnahmen aus den Solidaritätsständen bzw. den Spenden von Teilnehmern am Friedensfest gingen in diesem Jahr auf Spendenkonten für: „Sozial schwache Kinder Graal-Müritz“, an die Deutsche Kinderkrebshilfe und an „Cuba si- Milch für Kubas Kinder“.

Der Erlös aus dem Verkauf an der Feldküche ging an die Freiwillige Feuerwehr.

Abschließend sei noch einmal gesagt: Alle, aber auch alle, die sich mit dem Motto des Friedensfestes solidarisieren wollen oder können, sind herzlich eingeladen, sich an diesem Tag- egal in welcher Form- einzubringen.

Mischung für Alt und Jung- ein Programm, das dieses Fest auszeichnet. Der Bogen spannte sich von den Linedancern aus Graal-Müritz über die Bauchtänzerinnen aus Graal-Müritz und Rostock, der Gruppe „Lyra“ mit russischen Musikern aus Berlin, einer Tänzerin aus Venezuela, der Gruppe „BOTE“ aus Togo, der Gruppe „Saoca“ aus Kuba, den „Melodealern“ aus Rostock, dem Duo „Flashlight“, der „Irish coffee band“ aus Dänemark, einem Didgeridoospieler aus Münster bis hin zum

Vielen Teilnehmern gefiel auch in diesem Jahr die Atmosphäre in Graal-Müritz so gut, dass sie schon für das kommende Jahr die Teilnahme zusagten. Eine Überraschung zum 10. Fest im kommenden Jahr wurde uns schon jetzt von den Gästen aus Venezuela und Kuba zugesagt.

Von den vielen Gästen an diesem Tag gab es nur positive Resonanz. Zum ersten Mal war vorzeitig der Kuchen am Soli-Basar alle, beim Mojito nützte auch der letzte Tropfen nichts mehr und die Feldküche

Im Namen der Organisatoren  
Peter Johannssen



# Christopher Street Day

Unter dem Motto des zehnten CSD „Wo kein Wissen ist, wachsen Vorurteile“, feierten rund 1500 Schwule und Lesben auf dem Rostocker Neuen Markt ein buntes Fest. Die Rostocker LINKE und die LAG Queer feierten mit. Am Infostand konnten sich die Besucherinnen und Besucher über das Engagement der LINKEN für die Rechte der Schwulen und Lesben informieren. Insbesondere die Kreisvorsitzende Kerstin Liebich und die stellvertretende Kreisvorsitzende Elke Friedl standen hier Rede und Antwort. Stefan Liebich nahm an der Podiumsdiskussion teil. Wer Lust hatte, konnte auf dem LKW der LAG Queer mitfahren und demonstrieren.



# Gegen Niedriglohn in Urlaubsregionen

Unter dem Motto „Ihnen einen schönen Urlaub – der Kellnerin einen guten Lohn“ wurden von Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaft Junge Fraktion und des Jugendverbandes solid in Boltenhagen und Rostock-Warnemünde Transparente

am Strand entlang getragen. In Stralsund gab es am Rande des Mecklenburg-Vorpommern-Tages eine Aktion und in Wolgast wurde die Transparentaktion an der Brücke zur Insel Usedom durchgeführt. Es beteiligen sich auch die Landtagsabge-

ordneten der LINKEN Jeannine Rösler, Jacqueline Bernhardt, Henning Foerster und Torsten Koplin.

Für die Forderung „Es ist höchste Zeit für einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde!“ gab es viel Zuspruch ...



# Demokratischer Sozialismus

Von Ralf Malachowski



Ich, Ralf Malachowski, stelle mir den demokratischen Sozialismus so vor:

1. Rede- und Meinungsfreiheit muss erhalten bleiben. Faschistische, rassistische und sexistische Meinungen gehören verboten.
2. Jeder Mensch hat das Recht sich einzubringen. Über Eingaben, Wahlen und Volksentscheide ist dieses abzusichern. Bei Gesetzesänderungen in Kommunal-, Bundes- und Europapolitik ist das Volk davor verständlich aufzuklären. Da ist auch die Presse gefragt, unparteiisch (für und wider) aufzuklären.
3. Die sozialistische Regierung muss dem Volke dienen, hat Rechenschaft abzulegen. Die sozialistische Regierung muss eben besser sein als die bürgerlichen Regierungen. Ist sie es eben nicht, ist sie nach einer bestimmten Frist (6 Jahre) abzuwählen.
4. Grundgesetz: Im Grundgesetz müssen noch folgende Sachen mit aufgenommen werden. Zum Beispiel muss unbedingt mit aufgenommen werden: das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnung. Verbot jeglicher Kriegseinsätze.
5. Religionsfreiheit muss bestehen bleiben.
6. Das Mehr-Parteien-System muss unbedingt erhalten bleiben.
7. Reichtum muss so besteuert werden,

z.B.: Alles über 1 Million sollte mit einem bestimmten Steuersatz belegt werden. Der Steuersatz muss so hoch sein, dass der sozialistische Staat seine staatlichen Aufgaben Daseinsvorsorge, Polizei, Justiz, Bildung und Sozialpolitik vorbildlich erfüllen kann. Aktien- und Spekulationsgewinne gehören besteuert. Lebensmittelspekulationen gehören verboten. Reichen, die sich ihrer Steuerpflicht entziehen, z.B.: durch Steuerflucht ins Ausland, muss ein Riegel vorgeschoben werden. Beispiel: USA-Steuern werden dort eingezahlt, wo man Staatsbürger ist. Die sozialistische Regierung muss noch einen Schritt weiter gehen. Steuerflüchtlingen, die ihren Pflichten nicht nachkommen, sind eben ihr staatsbürgerliches Recht und Annehmlichkeiten zu entziehen.

8. Wirtschaft: Daseinsvorsorge und Ausbeutung der Bodenschätze sind Staatsaufgaben. Banken ab einer bestimmten Größe gehören verstaatlicht. Große Konzerne verstaatlichen oder mindestens nach VW-Gesetz arbeiten lassen. Andere Eigentumsformen wären genossenschaftliche und kleinere private Unternehmungen. Firmen, die Staatsgelder beantragen (Private) müssen diese in Arbeiteranteile umwandeln. Vollwertige Mitbestimmung auf Augenhöhe. Gesunde Unternehmen, die ins Ausland flüchten z.B.: Nokia. Wenn die ins Ausland flüchten und ihre Maschinen ins Ausland mitnehmen, müssen sie den dreifachen Zoll bezahlen. Fördergelder und Kredite, die die Firmen mal erhalten haben, müssen dreifach zurückgezahlt werden. Verhinderung von Arbeitslosigkeit muss immer das erste Gebot sein. Den Gewerkschaften sind bessere Rechte in den privaten Betrieben einzuräumen. Kleinstunternehmen (der Bäckerladen mit 4 Angestellten) sind steuerfrei bzw. niedrigst besteuert. Denn man muss schon die Unternehmen in die Lage versetzen, anständige Löhne zu zahlen und ihre Un-

ternehmen zu erhalten.

9. Teilhabe: Menschen, die am Arbeitsprozess nicht teilnehmen können, Invaliden, Rentner, pflegende Familienangehörige, Menschen, die gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten, evtl. Arbeitslose (Arbeitslose sollte es im Sozialismus überhaupt nicht geben) sind so mit finanziellen Mitteln auszustatten, dass ihre vernünftige Teilhabe am öffentlichen Leben gesichert ist. Teilhabe bedeutet für mich Theaterbesuch, Kino, 1 Zeitungsabo, Fahrkarte des ÖPNV oder Haltung eines PKW.

10. Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes als Mindeststandard, ansonsten Tarifautonomie.

11. Arbeitszeiten: 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

12. Bildung: Das föderale Bildungssystem gehört abgeschafft. Bildungssystem der ehemaligen DDR übernehmen. Das Thema Inklusion ist mit einzubauen.

12. Gesundheit: 1 Krankenkasse für alle, wo auch alle einzahlen. Wer Einzelbettzimmer und Chefarztbetreuung wünscht, kann eine extra Versicherung abschließen. Einführung der Poliklinik und des Systems der Gemeindeschwester.

13. Rente: Alle zahlen in die staatliche Rentenkasse ein. Betriebsrentensystem bleibt bestehen. Riesterrenten werden abgeschafft, das Geld, was eingezahlt wurde, wird in die staatliche Rentenkasse überführt. Einführung der alten Rentenformel vor den Hartz-Gesetzen.

14. Umwelt und Landwirtschaft: Haben nach sozial-ökologischen Standards zu arbeiten. Eigentumsformen in der Landwirtschaft: Genossenschaftliches Eigentum und Privateigentum. Man sollte den Fehler, den die DDR gemacht hat, in der Frage Privateigentum nicht wiederholen Sollte ich noch irgendwelche Punkte vergessen haben, dann richtet man sich nach dem Parteiprogramm der Linken!

## „Tour der guten Taten“ MdB Heidrun Bluhm auf Landtour

### Dienstag, 21. August 2012

- 10.00 Uhr NUP GÜ – Rhododendronpflanzung
- 13.00 Uhr Villa „Kunterbündnis“ GÜ – Ausbau des Kistenladens

### Mittwoch, 22. August 2012

- 10.00 Uhr Krakow am See (Badeanstalt)- Aufbau von Spielgeräten

### Donnerstag, 23. August 2012

- 10.00 Uhr Bützow, Miniaturstadt – Hilfe beim Bau eines Gebäudes (Maßstab 1:10)

### Freitag, 24. August 2012

- 10.00 Uhr Teterow Mehrgenerationenhaus – Wohnungspolitische Gesprächsrunde mit Bürgermeistern
- 15.00 Uhr Jugendklub, Besichtigung der Töpferwerkstatt mit Übergabe einer Spende und anschließendem

zwanglosem Gespräch



# Beratung mit Vorsitzenden der Basisorganisationen des Landkreises Rostock

Der Kreisvorstand lud zu der turnusmäßigen Sitzung nach Dummerstorf ein und viele kamen. Der Kreisvorsitzende Frank Jegust eröffnete die Tagung und wir begrüßten sehr herzlich Ida Schillen, Mitglied des Bundesvorstandes unserer Partei. Gen. Jegust informierte in seinem Bericht über aktuelle Aufgaben und Entwicklungen der Partei in unserem Landkreis. Ich beabsichtige nicht, hier in protokollarischer Detailliertheit auf alle Einzelheiten einzugehen. Jedoch eine Anrede an alle Basisorganisationen nenne ich hier: Alle Basisorganisationen sind angesprochen und aufgefordert, eigen Vorschläge an unseren Kreisvorstand einzubringen, wie wir künftig unsere politische Arbeit in den Kommunen, im Landkreis, im Land und auf Bundesebene noch wirkungsvoller organisieren und realisieren wollen! Macht Euch also an die Arbeit und macht Vorschläge! Unser Geschäftsführer Peter Hörnig informierte über die neue Wahlkreisstruktur für die nächste Bundestagswahl im Jahr 2013. Die Wahlkreise werden größer und somit unser Wahlkampf nicht einfacher. Am 24.11.2012 werden auf einem Kreisparteitag die Vertreter/-innen für die Wahl der Kandidaten für die Bundestagswahl gewählt und die Vorbereitung

der Versammlungen in den 3 Wahlkreisen mit den Wahlkreisdelegierten ist nun gut vorzubereiten. Dazu kommen demnächst weitere Informationen. Eine kritische Betrachtung und deutliches „Kopfschütteln“ gab es anlässlich der Information zu Vorbereitungsaktivitäten der Demonstration in Rostock-Lichtenhagen, anlässlich der dortigen ausländerfeindlichen Ausschreitungen in der Vergangenheit. Hier wünschten wir uns einen sensiblen Umgang mit den Befindlichkeiten der Einwohner und auch unserer gewählten Akteure untereinander. Das 120-Tageprogramm unseres Bundesvorstandes nach dem Göttinger Wahlparteitag im Juni stellt eine gute Grundlage für unsere Arbeit dar! Ein besonderer Höhepunkt dieser Veranstaltung war der Bericht von Ida Schillen über die Arbeit im Parteivorstand mit den dazu vorgetragenen Wertungen und ihre Einschätzung der Stimmungen im Bundesparteivorstand und in der Bundestagsfraktion. In der dazu geführten Aussprache mit uns als BO-Vorsitzende wurde u.a. unterstrichen, dass es ein ganz normaler Prozess sei, dass es zum Austragen konträrer Ansichten kommt, jedoch sollten sich alle Beteiligten konsequent daran halten, interne Debatten nicht über die unserer

Partei eher nicht wohlgesonnenen bürgerlichen Medien in die Öffentlichkeit zu tragen, und somit unserer Partei zu schaden! Ein ganz besonderer Dank an Ida Schillen sei hiermit ausgesprochen, mit der Erwartung, dass Ida unser Treffen im Bundesvorstand auswerten möge, uns bei nächster Gelegenheit wieder berichtet und mit uns die kultivierte Aussprache pflegt! Für mich persönlich ist die Teilnahme an diesen Beratungen stets eine Verpflichtung und ein wichtiger Fundus für die politische Arbeit in unserem Ortsverband und den Basisorganisationen. Abschließend wiederhole ich den Vorschlag an unseren Kreisvorsitzenden, zu den Treffen mit den BO-Vorsitzenden regelmäßig(!) über die Arbeit unserer Kreistagsfraktion berichten zu lassen und uns dazu auch die Aussprache zu ermöglichen. Ganz besonders die öffentlich werdenden Entwicklungen in unserem neuen Großkreis durch die Initiativen des Landrates bestärken mich zu diesem Vorschlag.

Wolfgang Sikora  
BO-Vorsitzender Krakow am See

## „Zehn Rostocker Ströper – Jahrgang 1926“: Ein Buch zur rechten Zeit!

Interview mit Kurt Kaiser, dem Autoren des Buches

**Klartext:** Kurt, du bist auch den Lesern des KLARTEXT als Autor plattdeutscher Geschichten bereits bekannt. Im Heft 3/2012 bezeichnet die Leserin Lilo Kossian dein neues Buch von höchster Aktualität, welches das Schicksal von Rostocker Kindern unter der nationalsozialistischen Erziehung und Diktatur widerspiegelt, als ein Buch zur rechten Zeit!

Ich möchte dir dazu nun gerne Fragen stellen, die sich mir beim Lesen des Buches ergeben haben. Was hat Dich veranlasst, dieses brisante Thema „Nationalsozialismus“ zu wählen und ausgerechnet mit Rostocker Lausbuben aus dem Hafenviertel zu verbinden?

**Kurt Kaiser:** Das immer dreistere Auftre-

ten der Neonazis, ja nun sogar ihr Einzug in den Landtag MV, brachte mir meine Kindheit und Jugend immer mehr in Erinnerung, dass ich mich fragte, wie es möglich war, dass Deutschland in den Jahren 1933 bis 45 den Völkern und letztlich auch sich selbst so viel Leid zufügte und dafür als faschistisch verabscheut wurde. Auch ich hatte fast schon vergessen, unter welche Not meine Eltern und die meisten meiner Straßenfreunde – die am Hafen allgemein als „Ströper“ bekannt waren – Anfang der 30er Jahre litten. Wir fegten von den Verladerrampen herunterfallendes Getreide um es zu verkaufen oder „sammelten“ Pferdeäpfel für Gemüsebeete. Wir verrichteten Botendienste für Damen, die in offenen Fenstern auf Freier lauerten. Wir flitzten überall am Hafen herum, zeternd wie frische Spatzen.

**Klartext:** Du schilderst das an vielen Ereignissen, die oft abenteuerlich-spannend aber auch tragisch waren. Was aber hatte das mit den Nazis zutun?

**K.Kaiser:** Wir erlebten Zuhause schließlich auch mit, wo unsere Eltern politisch standen, auf Seiten der Sozis, der Kommunisten oder der Nazis. Das hatte mit zunehmendem Alter dann auch immer mehr Einfluss auf unser Verhalten. Ab 1933 änderte sich die Stimmung, nachdem unsere Väter wieder eine feste Arbeit bekamen, die Versorgung sich verbesserte, der Name Deutschland einen anderen, selbstbewussteren Klang bekam, durch Arbeits-, Wissenschafts- und sportliche Leistungen.

Ab unserem 7. Lebensjahr formten unsere Schullehrer uns im nazistischen Sinne, um uns zu „charakterlich einwandfreien Ge-

folgsleuten des Führers“ zu machen. Die „Deutsche Jugend“ (DJ), unterstützte das mit Spielen und Sportwettwettkämpfen gemäß Hitlers Worten: „Die deutsche Jugend muss hart wie Kruppstahl, zäh wie Leder und flink wie Windhunde sein!“ Was im Falle der Ströper herauskam, kann man auf den letzten Seiten meines Buches lesen: Von sieben Kriegsfreiwilligen kamen vier nicht zurück. Ich möchte daran erinnern und mahnen, dass Eltern und Großeltern nicht länger tatenlos zusehen, wenn ihre Kinder den neuen nationalistischen Fängern hinterherlaufen. Wir müssen die Jugend aufklären, wie harmlos so etwas anfangen und tödlich enden kann.

**Klartext:** Wie Du mir versicherst, haben die im Buch geschilderten Ereignisse alle stattgefunden. Aber die Namen der meisten Akteure sind fiktiv, also angenommen. Warum?

**K.Kaiser:** Aus Personenschutzgründen bekamen die Akteure ein Pseudonym. Ähnlichkeiten sind zufällig. Außerdem kann ich nicht garantieren, dass jedes Ereignis genau so, an jenem Tag und Ort stattgefunden hat. Da ich nicht dabei war, stütze ich mich auch auf Recherchen. Ich muss betonen, dass es sich hier nicht um ein Sachbuch sondern um eine Prosaerzählung handelt.

**Klartext:** Das trifft aber nicht für die mar-

ginalen 13 Seiten an Daten zu, die von 1933 bis 1945 jedem Jahr vorangestellt sind?

**K.Kaiser:** Mit der Schilderung unterhalt-samer Ereignisse möchte ich zugleich mit einer jedem Jahr vorangestellten Daten-sammlung darauf hinzuweisen, dass z.B. am 15. September 1935 die antisemitischen „Nürnberger Gesetze zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes“ erlassen wurden. Man kann nun von Jahr zu Jahr verfolgen, wie die Nazis systematisch den Holocaust vorbereiteten und durchführten. Daneben stehen neben diesen Sachmeldungen solche scheinbaren harmlosen Nachrichten, wie am 18. August 1933 die Meldung über einen neuen Volksempfänger. Dieses Radio wurde quasi zum wichtigsten Instrument der Nazi-propaganda.

**Klartext:** Ich möchte auf das Verhältnis zu der jüdischen Bevölkerung zu sprechen kommen. Was kannst du dazu sagen?

**K.Kaiser:** Mein Erinnerungsradius die jüdischen Mitmenschen betreffend, umfasst etwa die Jahre 1931 bis 42. Meine Eltern kauften gerne in jüdischen Geschäften ein, weil die Waren billiger, in der Qualität gut waren und sie immer sehr freundlich bedient wurden.

Als 5 bis 10-Jähriger kannte ich überhaupt keine rassischen Unterschiede. Eine

schwarzhaarige Waltraud, mit schönen langen Zöpfen, aus der Lagerstraße, hatte mich nur einmal zu einem Theaterbesuch 1938 eingeladen. Ich weiß nicht, wie und warum ich dazu kam, dass die Schöne mich auserwählte, wir Jungens mochten sie alle. Erst 1941, als ich sie mit einem Judenstern am Mantel wiedersah wurde mir klar, dass sie Jüdin war. So nach und nach trug die Rassenhetze wohl auch bei uns Früchte: Mein Vater, ein im Reichsbanner aktiver Sozialdemokrat, hielt es dann aber auch für das Beste, sich nicht mehr mit dem jüdischen Händler Kaatz in der Langenstraße zu unterhalten. Dadurch brach auch meine Freundschaft zum Enkel von Kaatz, dem mit mir gleichaltrigen Bernhard Blach ab, der 1942 in Auschwitz ermordet wurde.

Heute tut mir das, was unseren jüdischen Mitbürgern angetan wurde sehr leid. Es ist eine Schuld aus der Vergangenheit, die auch ich mitzutragen habe.

**Klartext:** Wo und wie bekommt man das Buch zu kaufen?

**K.Kaiser:** Das Buch ist exklusiv in der Buchhandlung im Doberaner Hof zu bekommen. Es kostet 7,90 EUR, womit die Unkosten z.B. für den Druck gedeckt werden.

**Klartext:** Lieber Kurt, vielen Dank für das Gespräch und alles Gute!

## Leserzuschriften zu Kurt Kaisers Buch

„Die Gegenwart zeigt uns, dass wir etwas noch nicht überzeugend genug vermittelt haben. Das Buch ist ein Fundus von Geschichtsdaten und Lebenserfahrung, es gibt uns Fragen auf und viele Antworten. Was Opa noch nicht geschafft hat, seinen Kindern und Enkeln zu erklären, kann er mit diesem Buchgeschenk nachholen.“

Uwe Süßmilch  
Präsident des Plattdütch-Verein „Klön-s-nack-Rostocker 7

\*\*\*

Jürgen Falkenberg schrieb in der Ostsee Zeitung vom 18. Februar 2012:

„Kurt Kaiser (86) ein Rostocker Urgestein, ist einer der letzten Zeitzeugen, der das Wachsen des braunen Ungeistes, die nazistische Ideologisierung eines ganzen Volkes und den Gang durch einen vernichtenden Krieg erlebte. Er schrieb ein Buch mit Erinnerungen, Fakten und Fotos: Zehn Rostocker Ströper, Jahrgang 1926. Vier Rostocker blieben im Krieg, zwei in Auschwitz, zwei starben im Lager Fünfeichen. Aus der Sicht des 21.

Jahrhunderts sucht Kurt Kaiser in seinem Buch Antwort: Was ließ die Jugend damals an die Allmacht Hitlers glauben und was motiviert heute Jugendliche, als Neonazis braunes Gedankengut zu verbreiten?

In einem regen Gedankenaustausch des Plattdeutschen Vereins Klön-s-nack-Rostocker 7 brachten sich auch der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Juri Rosow und Jürgen Weise vom der VVN und des Bundes der Antifaschisten ein.“

\*\*\*

Leiw Kurt Kaiser,  
dien Bauk hett mi deip beindruckt. Dat Bauk wiest de Högen un Deipen disser Johr up. Disse schlimme Tied von de Judenverfolgung un de 2. Weltkrieg dörben sick nich wedderhal'n. Dorför möt'n wi sorgen.  
Dien Vereinsmaat  
Günter Hagemann  
ut Dummerstörp

\*\*\*

„Ist es nicht so, dass ungelöste gesell-

schaftliche Probleme zu Unzufriedenheit führen, die geradezu nach einem Ventil rufen? Daher scheint mir erstes Gebot zu sein, unsere Gesellschaft, unsere Lebensumstände menschenwürdig zu gestalten. Darüber hinaus schließe ich mich denen an, die sich für ein Verbot neofaschistischer Organisationen einsetzen.“

Lilo Kossian

\*\*\*

„Es ist ein gelungenes Buch, das gut dazu beitragen kann zu zeigen, wie „so etwas“ geschehen konnte. Es sollte als Unterrichtsmaterial in die Schulen gehören.“

Jürgen Weise, VVN-BdA



# Die WASG unter der Lupe

Fünf Jahre gibt es nun DIE LINKE, entstanden aus der Fusion der PDS mit der WASG (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit). Was ist geblieben von der WASG? Nur neun der 44 Mitglieder des Parteivorstandes stammen aus ihr. Mit Bernd Riexinger steht allerdings ein ehemaliger WASG-Mann an der Spitze der Partei. Fragt man ehemalige WASG-Aktive, wie viel von ihrem Verein heute noch in der Partei DIE LINKE steckt, stößt man auf Ernüchterung. Insbesondere im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, wo nur noch eine Handvoll von ihnen politisch aktiv ist. Im Kreisverband Rostock betrifft dies Ralf Malachowski und Günter Brock, für den Landkreis Rostock konnte mir auf Nachfrage niemand benannt werden. Laut Ralf sind von ehemals 130 WASG-Mitgliedern in M-V nur noch sechs oder sieben in der Linkspartei aktiv. Ralf ist der letzte Vertreter im Landesvorstand.

Bei den letzten Aufrechten hat sich eine gewisse WASG-Nostalgie breitgemacht. Die heutige LINKE wird von ihnen stark als Funktionärspartei wahrgenommen. In der WASG habe man nächtelang diskutieren können, was heute nicht mehr möglich sei. Neidisch schaut Gen. Brock auf die Piratenpartei, in deren hierarchiefreier Diskussionskultur er ein wenig die alte WASG zu erkennen glaubt. In einem Internetforum können wir von ihm lesen: „Aufgeatmet haben wir in der WASG. Da waren wir alle gleich, da sagten wir jeder/jedem alles grad ins Gesicht, und wir kannten nur Eines: Wie kommen wir der Propaganda der Kapitalisten an den Hals?“ Mit der WASG seien auch mehr spontane Aktionen möglich gewesen. Heute drängen sie ungeduldig auf Aktionen, um das Parteiprogramm umzusetzen. Die Unzufriedenheit mit der Kampagnenfähigkeit der LINKEN ist natürlich ernst zu nehmen, angesichts einer Vielzahl von Aktionen in unserem Landesverband (siehe Berichterstattung im Klartext) muss man die Kritik aber nicht teilen. Der Rostocker Kreisverband der LINKEN ist geprägt einerseits durch die personelle Kontinuität der alten PDS, andererseits durch junge Mitglieder, die erst nach der Fusion der Linkspartei beigetreten sind. Zum Beispiel unsere Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft Eva-Maria Kröger, der Landtagsabgeordnete Hikmat al-Sabty, aber auch der Autor dieser Zeilen. Alle gemeinsam können sich fragen: Was wissen wir eigentlich über die WASG? Überhaupt nichts, muss ich eingestehen. Abhilfe könnte ein jüngst erschienen Buch

schaffen.

In „Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE“ schildern führende Köpfe der WASG Entstehung und Entwicklung ihres Vereins aus einer persönlichen Perspektive. Zum Beispiel Klaus Ernst, der in der Gründung der WASG eine Reaktion auf die Untätigkeit der Gewerkschaften gegen den Generalangriff auf Beschäftigte und Rentner sieht. Die meisten Gewerkschaftsfunktionäre wollten nicht gegen die SPD agieren. Undenkbar. Aber einige von ihnen suchten den Bruch mit der SPD, deren Mitglied man war, für die man 1998 noch Wahlkampf gemacht hatte, von deren Agenda-Politik man sich nun aber betrogen fühlte. Der Versuch, die SPD von innen heraus zu verändern, musste scheitern, denn die Partei war längst ausgeblutet, Verbündete nicht zu finden. Also gründete man die WASG.

Das deutsche Parteiensystem gilt als „überstabil“, d.h. neue Parteien haben kaum eine Chance, sich dauerhaft jenseits der 5-Prozent-Hürde zu etablieren. Das wurde auch den Aktiven um Klaus Ernst schnell klar. Die WASG musste fusionieren, um zu überleben. Nach dem Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen (im Jahre 2005) war sie „im Prinzip pleite“ (Klaus Ernst). Der Umgang mit Geld fällt ihnen ja auch heute noch schwer, mag man kritisch anmerken. Etwas anderes kam hinzu: Oskar Lafontaine wollte nur für die neue linke Kraft antreten, wenn sie mit der PDS zusammenging. Es gab für die WASG also keine eigenständige Perspektive. Bei den nun folgenden Fusionsverhandlungen fühlte man sich stellenweise übervorteilt: Bei den Listenaufstellungen zur Bundestagswahl musste im Westen manches WASG-Talent Kandidaten der alten West-PDS weichen. Man fühlte sich benutzt. Und im neuen Parteiapparat dominierten PDS-Kader. Dieser Hintergrund ist wichtig, um die bis heute anhaltenden Reibungen im Apparat zu verstehen. Übrigens leistet sich Klaus Ernst im Buch (entstanden im Frühjahr 2012) ein paar boshafte Seitenhiebe gegen Dietmar Bartsch, die er sich hätte sparen können.

Wie viel WASG steckt heute in der LINKEN, wird Klaus Ernst zum Schluss gefragt. Zu wenig, sagt er. Es wird ihm zu viel diskutiert (etwa über die Höhe der Grundsicherung), anstatt einfach rauszugehen und Protest zu organisieren. Aber die Gemeinsamkeiten würden überwiegen. Der pragmatische Politikansatz der Ost-Linken etwa sei der Herangehensweise

von Gewerkschaftern sehr ähnlich. Das Ergebnis zähle. Zum Beispiel, als man mit den Berliner Senatoren der LINKEN den sogenannten christlichen Gewerkschaften das Handwerk gelegt habe.

Lesenswert ist das Interview mit Lothar Bisky, der als damaliger PDS-Chef die große Chance begriff, auch im Westen Fuß zu fassen („Eine regionale sozialistische Partei kann es nicht geben.“) Auch, indem man das Stigma SED endgültig abstreifte. Viele in der PDS setzten der Fusion Widerstand entgegen, denn in der Partei hatte sich nach den schwierigen Jahren so etwas wie ein PDS-Nationalstolz entwickelt. Lothar gibt zu, damals die Zustimmung der Bedenkenräger manchmal einfach dadurch erzwungen zu haben, indem er eigenmächtig Tatsachen schuf. Der enorme Zeitdruck im Wahljahr 2005 half ihm dabei sehr.

Ein spannendes Stück Geschichte. Die Lektüre des Buches ist sehr zu empfehlen.

Carsten Penzlin

# Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Samstag, 4. August 2012	10:00 Uhr	9. "Friedensfest der LINKEN in Graal-Müritz"	Graal-Müritz	Seebrückenvorplatz
Montag, 6. August 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 7. August 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Güstrow	Geschäftsstelle
Samstag, 11. August 2012		2. Politisches Sommerfest der LINKEN	Krakow am See	
Montag, 13. August 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 14. August 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 15. August 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Freitag, 24. August 2012	19:00 Uhr	MdB Dietmar Bartsch zu Gast beim Politik-Talk	Graal-Müritz	"Haus des Gastes"
Samstag, 25. August 2012	14:00 Uhr	antifaschistische Demonstration, 20 Jahre nach den Pogromen in Lichtenhagen	Rostock	Lütten-Klein
Sonntag, 26. August 2012	9:45 Uhr	Fahrad-Sternfahrt-20 Jahre Lichtenhagen-Etappe DIE LINKE	Rostock	Markt Reutershagen
Montag, 27. August 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 28. August 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 29. August 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Samstag, 1. September 2012	14:00 Uhr	Weltfriedenstag	Rostock	Neuer Markt
Montag, 3. September 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Montag, 3. September 2012	18:18 Uhr	Ehrendes Gedenken anlässlich Weltfriedenstag am Ehrenmal am Bachgarten	Bad Doberan	Kreisverwaltung
Samstag, 8. September 2012	9:30 Uhr	Ehrendes Gedenken am Ehrenmal auf dem Güstrower Friedhof	Güstrow	Friedhof
Sonntag, 9. September 2012	11:00 Uhr	Gedenkveranstaltung der VVN-BdA	Rostock	Rosengarten
Dienstag, 11. September 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 12. September 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 13. September 2012	15:00 Uhr	"Panzerkreuzer Potjomkin" <b>(RotFuchs)</b> Das Schiff. Der Aufstand. Der Film. Buchautor Robert Rosentreter	Rostock	Mehrgenerationenhaus Evershagen
Samstag, 15. September 2012	9:00 Uhr	3. Tagung des 3. Landesparteitag	Ludwigslust	
Montag, 17. September 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 18. September 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 25. September 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 26. September 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Montag, 1. Oktober 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus,
Donnerstag, 4. Oktober 2012	15:00 Uhr	„Meine seemännischen Fehler und andere Geschichten“ Kapitän a.D. Gerd Peters <b>(RotFuchs)</b>	Rostock	Mehrgenerationenhaus Evershagen
Montag, 8. Oktober 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 9. Oktober 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Güstrow	Geschäftsstelle
Montag, 22. Oktober 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Donnerstag, 8. November 2012	18:00 Uhr	Kreisparteitag	Rostock	Stadthalle Saal 3
Dienstag, 13. November 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Bad Doberan	Geschäftsstelle
Donnerstag, 15. November 2012	15:00 Uhr	„Zusammenwirken der Geheimdienste der DDR und der UdSSR“ Oberst a.D. Bernd Fischer <b>(RotFuchs)</b>	Rostock	Mehrgenerationenhaus Evershagen
Samstag, 24. November 2012		Kreisparteitag zur Wahl der Vertreter_innen für die Delegiertenwahlkreisversammlung 13, 14, 17		
Dienstag, 11. Dezember 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Güstrow	Geschäftsstelle

## Was macht die AG Geschichte?

Wir, die AG-Geschichte, planen in unserer Reihe Zeitzeugen der DDR eine Veranstaltung „Seefahrt in der DDR“. Wir suchen Zeitzeugen, die zu DDR-Zeiten zu See gefahren sind, und aus ihrem Alltag berichten können. Wir suchen Seefahrer, die Hochseefischer waren, Seefahrer der Handelsflotte und Angehörige der Volksmarine. Liebe Zeitzeugen, meldet euch bitte im Kreisvorstand Stephanstr. oder bei mir persönlich: Ralf Malachowski Tel: 0381-2106016, ab 20 Uhr bin ich meistens erreichbar über Handy: 0174-7526622, e-mail:ralfhenselma@yahoo.de. Wir die Mitglieder der AG-Geschichte würden uns freuen, wenn wir so eine Veranstaltung ausrichten könnten!

Ralf Malachowski (Leiter AG Geschichte)

## Ohne Vermögenssteuer keine soziale Gerechtigkeit

Der Vorsitzende der LINKEN, Bernd Rieginger, begrüßt die Initiative „Umfairteilen“ für die Einführung einer Vermögenssteuer und fordert ein Ende der Blockade gegen höhere Reichensteuern im Bundestag. Er erklärt:

Das ist die richtige Initiative zur richtigen Zeit. Der Reichtum von wenigen führt zur Armut von vielen. Es gibt eine breite ge-

sellschaftliche Mehrheit für die Vermögenssteuer. Jetzt sind die Parteien gefragt, die bisher blockiert haben.

Ohne Vermögenssteuer gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Wir wünschen uns, dass die Initiative Erfolg hat und kämpfen mit den Initiatoren für diesen Erfolg. Höhere Reichensteuern sind der wichtigste Baustein für eine langfristige Bewältigung der

europäischen Banken- und Wirtschaftskrise. Wer neues Wachstum will, muss den überflüssigen Reichtum in den Händen weniger abpumpen und in die Realwirtschaft umleiten. Dazu brauchen wir eine Millionärssteuer und einen Spitzensteuersatz von deutlich über 70 Prozent.



# Brief von Günter Althaus an Joachim Gauck (gekürzt)

Sehr verehrter Herr Bundespräsident, ich bin der einzige Abgeordnete der Rostocker Bürgerschaft, der in Rostock-Brinckmansdorf wohnt, wo auch Sie lange Jahre lebten, und wo noch Angehörige von Ihnen wohnen. So bin ich aus Ihrem früheren Umfeld gut über Ihre Familie und Verwandte informiert. Auch Ihr Bruder konnte in der DDR studieren. Er musste dazu nicht die Theologie wählen. Das alles trotz der nazi-belasteten Herkunft von Eltern und Verwandten. Wenn ich vergleiche, wie Sie insbesondere nach 1990 alles Sozialistische verteufelten und die Existenz von Menschen zerstörten, dann kommt mir die DDR geradezu liberal vor.

Am 9. August 2012 wird Ihnen die Ehrenbürgerschaft der Hansestadt Rostock verliehen. Ich habe eine Einladung erhalten, doch ich verzichte bewusst auf dieses Schauspiel. Ähnliches zeigte sich in jüngster Vergangenheit, als die Bundeswehr auf dem Neuen Markt den von der SS unverändert übernommenen Zapfenstreich mit verlogenen religiösen Brimborium zelebrierte. Schon die Art Ihrer Wahl zum Ehrenbürger hielt ich für wenig demokratisch. Sie bekamen lediglich 25 Stimmen, nicht einmal die Hälfte der 53 Bürgerschaftsabgeordneten. Nun fehlen zwar immer einige aus verschiedensten Gründen zu den monatlichen Sitzungen, doch am Tag Ihrer Wahl waren es mit 41 besonders wenige anwesende Abgeordnete, und da eine vor der Abstimmung den Saal verließ, waren es nur noch 40. Soll dagegen jemandem die Ehrenbürgerschaft aberkannt werden, so sind dafür mindestens 36 Stimmen erforderlich, denn dann ist eine Zweidrittelmehrheit der 53 Bürgerschaftsabgeordneten notwendig.

In der hiesigen Mainstream-Presse wurde später behauptet, nur die Fraktion DIE LINKE habe gegen Sie gestimmt. Der Wunsch war hier Vater des Gedankens, denn es waren nur 10 Abgeordnete meiner Fraktion anwesend. Vier Gegenstimmen kamen von anderen Abgeordneten und davon gehörten drei einer zweiten Fraktion an, von der kein einziges Mitglied für Sie stimmte. Das sollten Sie wissen, denn wie ihr ehemaliger Berufskollege Hans-Jochen Tschiche sehe auch ich Eitelkeit nicht als Tugend an. Nun sind Sie mir als Ehrenbürger Rostocks zweifellos lieber als der Massenmörder Paul von Hindenburg, der u.a. für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg im I. Weltkrieg verantwortlich und später Wegbereiter Hitlers war. Doch auch in der Rostocker Bevölkerung hatten Sie in der OZ-Umfrage keine Mehrheit für sich. Das war angesichts der Lobhudelei in Fernsehen und Rundfunk und den großen überregionalen Zeitungen bemerkenswert. Man kennt Sie hier offenbar besser als anderswo. 57% meinten, eine Ehrenbürgerschaft verdienten Sie nicht.

Vor allem Ihre Äußerung, die Deutschen seien glücksüchtig und nicht mehr bereit, ihr Leben fürs Vaterland zu opfern, hat mich in letzter Zeit betroffen gemacht. Da fällt mir ein: „Dulce et decorum est pro patria mori.“ Horaz' Auffassung widerspricht weder der der Epikureer noch der der Stoiker. Beide philosophischen Richtungen standen aber dem Dienst am Staat skeptisch gegenüber. Auch in der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung heißt es: „We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.“ Das Streben nach Glück ist also ein Grundrecht. Waren Sie selbst nicht auch glücksüchtig, als Sie sich eine neue Partnerin suchten? Aber Sie haben so nicht den Herrschenden geschadet, wie es Soldaten tun, die aus Angst vor dem Tod den Profit für die Mächtigen schmälern.

Setzen Sie sich dafür ein, dass in Kriegs- und Spannungsgebieten nicht die Bundeswehr als umstrittene Kriegspartei aus dem Staat mit dem drittgrößten Waffenexport humanitäre Hilfe leisten zu müssen vermeint, sondern dass diese Aufgabe der Organisation überlassen bleibt, die dafür geschaffen wurde, nämlich dem Deutschen Roten Kreuz. Dieses muss in den Stand versetzt werden, überall auf der Welt wirksame Hilfe leisten zu können. Kriegerische Einsätze sollten Sie deutlich zurückweisen. Mit Krieg werden Probleme verschärft, nicht gelöst.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Günter Althaus

Up un Dal



## Gewinner:

Altkanzler Helmut Schmidt hat eine neue Mitraucherin gefunden. Es sei ihm gegönnt.

## Verlierer:

Egal, wie der syrische Bürgerkrieg ausgehen wird, die Syrer sind die großen Verlierer in diesem brandgefährlichen Spiel um eine Neuordnung der Machtverhältnisse im Nahen Osten. Die USA haben wieder bewiesen, dass sie die größte Bedrohung für den Frieden in der Welt sind.

## Monatzsizat

„Meine Erfahrung ist, wir haben eine verdammt kluge Basis, die fürchten manche.“ (Lothar Bisky, in: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann [Hrsg.], Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, S. 163)

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Welches asiatische Land bereiste Stefan Bockhahn?
2. Wo fand am 4. August traditionell das Friedensfest statt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 31.09.2012